

ARGENTINIEN: SCHWACHES GLIED IN DER WELTWEITEN SCHULDENKETTE?

von **Eric Toussaint**, Komitee für die Streichung der Schulden der Dritten Welt

20. 12. 2001 (veröffentlicht auf französisch unter www.transnationale.org)

Die heutige Situation in Argentinien ist sehr schlecht und spiegelt die Auswirkungen einer dreijährigen Rezession, deren Ursachen in der Anwendung einer ausserordentlich aggressiven Variante der neoliberalen Politik liegen. Die grundlegende Umwandlung Argentiniens, die unter der Militärdiktatur (1976-1983) begann, wurde danach während weiteren knapp 20 Jahren von den verschiedenen nachfolgenden Regierungen fortgesetzt. Im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Idee gab es nie einen wirklichen Bruch nach dem Ende der Diktatur. Insgesamt hat das Wechselspiel der verschiedenen Regierungen nichts Grundlegendes an dem rückwärts gewandten Kurs geändert, den die herrschenden Klassen Argentiniens ihrem Land in den letzten Jahrzehnten aufgezwungen haben.

Das heutige Argentinien hat nicht mehr viel mit jenem der 40er, 50er und 60er Jahre zu tun. Als ehemals aufstrebende Industriemacht der Peripherie ist Argentinien weit zurückgefallen, und die Mehrheit der Bevölkerung lebt unter schlechteren Bedingungen als vor 30 Jahren. Seit dem Beginn der Diktatur im März 1976 ist die Schuld des Staates bis ins Jahr 2001 beinahe um das Zwanzigfache angewachsen (von weniger als 8'000 Millionen Dollar auf beinahe 160'000 Millionen Dollar). In derselben Zeitspanne hat Argentinien etwa 200'000 Millionen Dollar an Schulden und Zinsen zurück bezahlt, das heisst beinahe 25 mal mehr, als seine Schulden 1976 betragen.

Jahr	Schulden	Schuldendienst (Rückzahlung und Zinsen)
	(in Millionen Dollar)	
1975	7'875	
1976	8'280	1'616
1977	9'679	1'849
1978	12'496	3'310
1979	19'034	2'255
1980	27'072	4'182
1981	35'671	5'390
1982	43'634	4'875
1983	45'087	6'804
1984	46'903	6'281
1985	48'312	6'208
1986	52'449	7'323
1987	58'428	6'244
1988	58'834	5'023

1989	65'256	4'357
1990	62'730	6'158
1991	65'405	5'419
1992	68'937	4'882
1993	65'325	5'860
1994	75'760	5'771
1995	99'364	8'889
1996	111'934	13'054
1997	130'828	18'308
1998	144'050	21'573
1999	147'881	25'723

Quelle: Weltbank, 2000

In beinahe unübertrefflicher Weise illustriert der Fall Argentinien den teuflischen Charakter der Verschuldung der Länder der Dritten Welt (und der Peripherie im allgemeinen). Auf Grund des Schuldendienstes – nicht trotz demselben! – schuldet das Land seinen Gläubigern im Jahr 2001 etwa 20 mal mehr als zu Beginn der Diktatur. Ein Grossteil der in der Zwischenzeit neu aufgenommenen Kredite diente dazu, fällig gewordene Schulden zu refinanzieren oder zurück zu bezahlen. Der argentinische Schuldendienst erzeugt einen enormen Transfer von Reichtum, den die Lohnabhängigen geschaffen haben, hin zu gewissen Kapitaleigentümern. Dabei handelt es sich teilweise um argentinische Kapitalisten, mehrheitlich aber um solche, die in den führenden Industrieländern beheimatet sind, insbesondere in den USA und in Westeuropa. Dieser Mechanismus ist einfach zu verstehen: Der argentinische Staat verwendet einen stetig anwachsenden Teil seiner Steuereinnahmen (die mehrheitlich vom einfachen Volk bezahlt werden) für den Schuldendienst und weitere Geschenke an die Privatwirtschaft. Wem fließen diese Gelder zu? In erster Linie den privaten internationalen Finanzinstituten, in deren Besitz sich über 80 Prozent der argentinischen Aussenschuld befindet. Der Höhepunkt dieses traurigen Spektakels besteht darin, dass die argentinischen Kapitalisten ihr Geld, das sie dem Land entzogen haben, an den nordamerikanischen und europäischen Finanzmärkten, wo sich der argentinische Staat verschuldet, für den Kauf eben solcher argentinischer Schuldtitel verwenden und einen Teil des Schuldendienstes einstecken.

(...)

Um das Verständnis der heutigen Situation zu erleichtern, erwähne ich einige Elemente aus der argentinischen Geschichte seit Beginn der Diktatur.

Verschuldung und Militärdiktatur

Während der Zeit der Diktatur von General Videla (1976-1981) sind die argentinischen Schulden regelrecht explodiert (siehe Darstellung unten). Die durch den Wirtschaftsminister der Diktatur, Martinez de Hoz, nach dem 2. April 1976 umgesetzte Wirtschaftspolitik hat einen Prozess der Zerstörung der Produktionskapazitäten des Landes eingeleitet und dadurch einer Spekulationswirtschaft den Weg geebnet, unter deren verheerenden Folgen Argentinien heute leidet. Die meisten Kredite, die der argentinischen Diktatur gewährt wurden, kamen von privaten Banken aus den Industrieländern. Bemerkenswert war die vollständige Zustimmung der U.S.-amerikanischen Behörden (sowohl der Zentralbank als auch der Regierung) zu dieser Politik der Verschuldung. Sie haben darin von Beginn an ein

Mittel gesehen, um in Argentinien an Einfluss zu gewinnen. (...) Um von den privaten Banken selbst Kredite aufnehmen zu können, verpflichtete die argentinische Regierung die öffentlichen Unternehmen des Landes dazu, sich bei den internationalen Finanzinstituten ebenfalls zu verschulden. So wurden die öffentlichen Unternehmen zu einem wichtigen Instrument der „Ent-Nationalisierung“ des Staates, denn durch die Verschuldung gingen zentrale Elemente der nationalen Souveränität Schritt für Schritt verloren.

Entwicklung der Schulden Argentiniens 1975 – 1985

(in Millionen Dollar)

Jahr	Schulden	Erhöhung der Schulden
1975	7'875	
1976	8'280	5.14 %
1977	9'679	16.9 %
1978	12'496	29.1 %
1979	19'034	52.32 %
1980	27'072	42.23 %
1981	35'671	31.76 %
1982	43'634	22.32 %
1983	45'087	3.33 %
1984	46'903	4.02 %
1985	48'312	3 %

Quelle: Argentinische Zentralbank, zitiert im Urteil Ballesterio, S. 172

Erzwungene Verschuldung der öffentlichen Unternehmen

So wurde zum Beispiel das grösste öffentliche Unternehmen Argentiniens, die im Erdölbereich tätige YPF (Yacimientos Petroliferos Fiscales), dazu gezwungen, im Ausland Schulden aufzunehmen, obschon es über genügend Eigenmittel verfügte. Am 24. März 1976, dem Tag des Militärputsches, lag die Aussenschuld von YPF bei 372 Millionen Dollar. Sieben Jahre später, am Ende der Diktatur, war diese Zahl um das Sechzehnfache auf ca. 6'000 Millionen Dollar angestiegen. Von diesen Beträgen in ausländischen Devisen ist allerdings kaum etwas in den Kassen des Unternehmens gelandet, sondern fast alles in den Händen der Diktatoren liegen geblieben. (...) Im Juni 1982 stellte die Verschuldung gleich viel dar wie die gesamten Aktiva des Unternehmens.

Die Verschuldung des Staates

Die Wirtschaftsverantwortlichen der Diktatur und der Internationale Währungsfonds (IWF) rechtfertigten die Verschuldungspolitik mit der Notwendigkeit, die Reserven in ausländischen Währungen zu erhöhen, um eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung verfolgen zu können. (...) In der Regel wurden die riesigen Summen, die von den Banken aus den Industrieländern ausgeliehen wurden, sofort wieder als Guthaben auf Konten derselben Banken oder der Konkurrenz angelegt. 83 Prozent dieser Reserven wurden 1979 bei Finanzinstituten im Ausland angelegt: Die

Reserven lagen bei 10'138 Millionen Dollar, und die Guthaben bei ausländischen Banken bei 8'410 Millionen Dollar. Im selben Jahr ist die Aussenverschuldung Argentiniens von 12'496 auf 19'034 Millionen Dollar angestiegen (Olmos, 1990, S. 171-172). In jedem Fall war der Zins, den der Staat für die deponierten Guthaben erhielt, kleiner als jener, den er – in vielen Fällen denselben Banken - für die aufgenommenen Kredite bezahlte.

Welche Logik stand hinter dieser Politik der argentinischen Behörden? Erstens konnten sie dadurch ihre persönliche Bereicherung voran treiben, in dem sie von den Banken aus den Industrieländern immer wieder „Kommissionen“ für die geleisteten Dienste erhielten. Zweitens verfolgten sie das Ziel, ihre Reserven in internationalen Währungen zu erhöhen, um die Importe zu steigern – insbesondere den Kauf von Waffen (scheinbar sind Waffenkäufe von ungefähr 10'000 Millionen Dollar getätigt worden). Schliesslich erlaubte es diese vom IWF unterstützte Verschuldungspolitik der argentinischen Diktatur, ihr internationales Ansehen zu verbessern, insbesondere in den USA. Ohne den Segen der U.S.-amerikanischen Regierung wäre die Diktatur nicht in der Lage gewesen, in den ersten Jahren nach dem Militärputsch (1976-1980) ihr Terrorregime aufrecht zu erhalten. Die Federal Reserve (Zentralbank der USA) ihrerseits war der argentinischen Wirtschaftspolitik umso mehr zugeneigt, als ein grosser Teil der ausgeliehenen Gelder auf Konten von U.S.-amerikanischen Banken angelegt wurde. In den Augen der U.S.-Regierung und des IWF diente die Verschuldung Argentiniens dazu, ein Land wieder unter Kontrolle zu bringen, das während Jahrzehnten einen widerspenstigen Nationalismus an den Tag gelegt hatte und dem eine gewisse eigenständige wirtschaftliche Entwicklung unter dem peronistischen Regime gelungen war.

(...)

Nach dem Ende der Diktatur: die Regierung Alfonsin und die Straflosigkeit

Als die Diktatur zu Ende war, gab die argentinische Zentralbank bekannt, dass sie über kein Verzeichnis der staatlichen Aussenverschuldung verfüge. Die nachfolgenden Regierungen und Verwaltungen mussten sich also auf Angaben der ausländischen Gläubiger stützen sowie auf Verträge, die von Verantwortlichen der Diktatur unterzeichnet worden waren, ohne die Unterschrift der Zentralbank einzuholen.

Trotzdem entschied die neue Regierung unter Präsident Alfonsin, die gesamte private und öffentliche Schuldenlast aus der Zeit der Diktatur zu anerkennen. Zum selben Zeitpunkt, in dem die für die Folter in den Gefängnissen verantwortlichen Generäle dank zweier in den Jahren 1986 und 1987 verabschiedeten Gesetzen des „Schlussstriches“ und der „geschuldeten Gehorsamkeit“ jeglicher Strafe entkamen, wurde also auch die Weste der Wirtschaftspolitiker der Diktatur weiss gewaschen. Die meisten der hohen Beamten im Wirtschafts- und Finanzministerium behielten ihre Funktionen, manche wurden sogar promoviert. Was die Generäle angeht, die unter der Diktatur mindestens 30'000 Menschen umbringen liessen, so sind viele von ihnen ebenfalls in ihren Funktionen verblieben, wogegen andere in den Genuss einer frühzeitigen Pensionierung kamen. Als einer von ihnen, der General Astiz, zum ersten Mal das Gesetz des Schweigens brach, war dies ein regelrechter Skandal: „1982 hat mich ein Freund gefragt, ob tatsächlich Personen verschwunden seien. Ich habe geantwortet: Ja klar, etwa 6'500, vielleicht auch mehr, aber höchstens 10'000. Sie sind alle umgebracht worden.“ (*Le Soir*, 16. Januar 1998)

Die Verschuldung der Privatwirtschaft und die Übernahme der Schulden durch den Staat

Auch die Privatunternehmen und die argentinischen Tochtergesellschaften der ausländischen multinationalen Konzerne waren zur Zeit der Diktatur dazu ermuntert worden, sich zu verschulden. Die gesamten privaten Schulden waren auf 14'000 Millionen Dollar angestiegen. Zu erwähnen gilt es dabei insbesondere die Tochtergesellschaften von Renault, Mercedes Benz, Ford Motor, IBM, City Bank, First National Bank of Boston, Chase Manhattan Bank, Bank of America und Deutsche Bank. Der argentinische Staat hat den privaten Gläubigern, das heisst den internationalen Konzernen selbst (Renault, Mercedes Benz, Ford Motor, IBM, City Bank, First National Bank of Boston, Chase Manhattan Bank, Bank of America, Crédit Lyonnais, Société Générale usw.) diese Schulden zurückbezahlt. Kurz gesagt: Der argentinische Steuerzahler bezahlte die Schulden der argentinischen Tochtergesellschaften multinationaler Konzerne an die Gläubiger zurück, das heisst an die Konzerne selbst oder an ausländische Banquiers. Zu vermuten wäre in diesem grotesken Szenario noch, dass gewisse Konzerne Schulden ihrer Tochtergesellschaften zum Zweck der Rückzahlung einfach auf dem Papier geschaffen haben. Jedenfalls hatten die argentinischen Behörden keinerlei Kontrolle über deren Buchhaltung.

Eine Welle von Privatisierungen

Die Regierung Menem, die auf jene des Präsidenten Alfonsín folgte, hat in den Jahren 1990 bis 1992 eine schrankenlose Politik der Privatisierung umgesetzt, wobei ein grosser Teil des Volkseigentums regelrecht verhöckert wurde. Laut Schätzungen gingen so etwa 60'000 Millionen Dollar verloren. Menem benutzte die Verschuldung der öffentlichen Unternehmen als Vorwand, um der argentinischen Öffentlichkeit ihren Verkauf als einzige mögliche Lösung zu präsentieren. Die schlechte Finanzlage dieser Unternehmen war immer noch die Folge der erzwungenen Verschuldungspolitik zu Zeiten der Diktatur. Wie oben schon erwähnt wurde, ist von den damals aufgenommenen Krediten nur sehr wenig effektiv in den Kassen der Unternehmen angekommen. Menem vertraute die Aufgabe, den Wert des Unternehmens YPF zu schätzen, der U.S.-amerikanischen Investmentbank Merrill Lynch an. Diese verminderte die Erdöl-Reserven des Unternehmens auf dem Papier kurzerhand um 30 Prozent, um den Wert von YPF im Hinblick auf die Privatisierung absichtlich tief zu schätzen. Nach der Privatisierung sind diese unterschlagenen Reserven dann plötzlich wieder in den Statistiken des Unternehmens aufgetaucht. Jene Financiers, die das Unternehmen dank tiefen Aktienkursen günstig gekauft hatten, kassierten dann eine schöne Prämie, als auf Grund dieser „neuen“ Reserven die Kurse von YPF in die Höhe schnellten. Solche Operationen wurden auch dazu benutzt, um die „Überlegenheit“ der Privatwirtschaft gegenüber den öffentlichen Unternehmen zu „beweisen“.

(...)

Prozess gegen die Diktatur

Der Skandal der argentinischen Schulden hat in den Jahren nach der Diktatur die Aufmerksamkeit der BürgerInnen auf sich gezogen. Die erste Zivilregierung richtete eine parlamentarische Untersuchungskommission ein. Diese wurde allerdings nach eineinhalbjähriger Arbeit wieder aufgelöst, weil sie zu Schlüssen kam, die die Wirtschaftspolitik der Regierung in Frage zu stellen drohten. Präsident Alfonsín hatte inzwischen entschieden, die Schulden zu verstaatlichen. Auch der nachfolgende Präsident Menem hatte vor seiner Wahl die Verantwortlichen für die Verschuldung mit Schimpf und Schande bedacht. Doch als er an die Macht gekommen war, verspürte er keine Lust mehr, auf dieses Tabuthema zurück zu kommen.

Trotzdem konnte nicht verhindert werden, dass es im Juli 2000 im Zusammenhang damit zu einem Prozess kam. Dieser ging auf eine Klage zurück, die ein argentinischer Bürger, Alejandro Olmos, im Jahr 1982 eingereicht hatte, also noch zu Zeiten der Diktatur. Dieser mutige und unermüdliche Journalist hat erreicht, dass die Justizbehörden Nachforschungen über die Verantwortlichen der Verschuldung des Landes anstellen mussten. Eine Vielzahl von Anhörungen wurde durchgeführt, mit hohen Beamten der Diktatur und Verantwortlichen der öffentlichen Unternehmen. (...)

Das am 13. Juli 2000 verkündete Urteil beinhaltete keine Verurteilungen (insbesondere auf Grund der abgelaufenen Frist der Verjährung), hat zugleich aber die Dimensionen des Skandals der argentinischen Schulden ans Tageslicht gebracht. Das 195-seitige Dokument des Richters Ballesterro bestätigt eine Reihe schwerwiegender Anschuldigungen:

- Der IWF unterstützte die argentinische Diktatur aktiv und stellte ihr einen seiner hohen Funktionäre zur Seite: Dante Simone (Poder Judicial de la Nación, 13/07/2000, S. 31-32 / 106 / 109 / 127).
- Die Federal Reserve in New York hat gegenüber den U.S.-amerikanischen Banken für argentinische Kredite die Bürgschaft übernommen, um die Banken zu ermuntern, der Diktatur Geld auszuleihen. In manchen Transaktionen der argentinischen Zentralbank übernahm die Federal Reserve eine direkte Vermittlerrolle (S.127).
- Währenddem die Diktatur eine Verschuldung des Staatshaushaltes und der öffentlichen Unternehmen herbeiführte, erlaubte sie es den argentinischen Kapitalisten, beträchtliche Summen ins Ausland zu transferieren. So sollen zwischen 1978 und 1981 über 38'000 Millionen Dollar das Land in „übertriebener“ oder „nicht gerechtfertigter“ Weise verlassen haben. Dies war unter anderem dadurch möglich, dass jede in Argentinien wohnhafte Person die Möglichkeit hatte, bis zu 20'000 Dollar pro Tag zu erwerben, die dann im Ausland angelegt werden konnten (S. 56-58).

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Staat verschuldete sich, währenddem die Kapitalisten ihr Vermögen ins Ausland transferierten. „Ungefähr 90 Prozent der Mittel, die die privaten und öffentlichen Unternehmen sowie der

Staat über die Aufnahme von Krediten ins Land herein holten, wurden im Ausland in spekulative Geschäfte investiert.“ (S. 102) Beträchtliche Summen, die von U.S.-amerikanischen und europäischen Banken ausgeliehen wurden, landeten schliesslich also wieder auf Konten derselben Banken.

Die öffentlichen Unternehmen wie YPF wurden systematisch und absichtlich in Schwierigkeiten versetzt (S. 130). Das „demokratische“ Übergangsregime nach der Diktatur hat die Schulden der Privatunternehmen auf vollständig illegale Art und Weise in Staatsschulden verwandelt (S. 152): Es sollte also möglich sein, diesen Entscheid rückgängig zu machen. 26 jener Privatunternehmen, deren Schulden der Staat damals übernahm, sind Finanzinstitute, darunter zahlreiche ausländische Banken, die in Argentinien Geschäfte treiben: City Bank, First National Bank of Boston, Deutsche Bank, Chase Manhattan Bank, Bank of America (S. 155-157). Der argentinische Staat, der damals bei diesen Banken verschuldet war, entschied also, deren Schulden zu übernehmen. Jeglicher Kommentar erübrigt sich.

(...)

Dieses Urteil sollte dazu verwendet werden, um eine offensive Kampagne gegen die Rückzahlung und für die Streichung der argentinischen Aussenschuld zu lancieren. Es handelt sich um illegitime Schulden, die von einem verabscheuenswürdigem Regime verursacht wurden. Die Gläubiger haben kein Recht darauf, weiterhin die Bedienung des Schuldendienstes zu verlangen. Ihre Ansprüche sind null und nichtig. Und da die neueren Kredite seit 1982-3 im Wesentlichen zur Rückzahlung der Schulden aufgenommen wurden, ist die gesamte heutige Aussenverschuldung weitgehend illegitim. Argentinien könnte sich ohne Zweifel auf das geltende Völkerrecht abstützen, um zu begründen, dass diese Schulden nicht zurück bezahlt werden müssen. (...)

Die Einstellung der Schuldentrückzahlungen muss durch weitere Massnahmen ergänzt werden. Im folgenden nenne ich einige Vorschläge, die diskutiert werden sollten. Erstens sollte eine internationale Untersuchung über die im Ausland angelegten, illegitim angehäuften Guthaben von in Argentinien wohnhaften Personen eingeleitet werden. Die Guthaben argentinischer Kapitalisten auf Konten der Banken der führenden Industrieländer erreichen ein Total von ca. 40'000 Millionen Dollar (vgl. BIS Quarterly Review: International Banking and Financial Markets Developments, June 2001, www.bis.org). Das Ziel muss darin bestehen, möglichst viel von diesen Mitteln, die dem Land entzogen wurden, der Bevölkerung zurück zu geben. Zweitens sollten Massnahmen zur Kontrolle der Kapitalströme und des Devisenhandels eingeführt werden, um den Kapitalabfluss zu stoppen und spekulative Angriffe auf die Währung zu verhindern. Drittens muss eine Steuerpolitik eingeführt werden, die auf eine Umverteilung des Reichtums abzielt: ausserordentliche Besteuerung der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung, Besteuerung der Kapitaleinkommen, Senkung der Mehrwertsteuer auf jenen Produkten und Dienstleistungen, die grundlegende Bedürfnisse befriedigen... Viertens müssen jene Dekrete und Gesetze für ungültig erklärt werden, durch die eine Reduktion der Löhne, Altersrenten und anderen Sozialleistungen durchgesetzt wurde. Das System der sozialen Sicherung muss verteidigt und ausgebaut werden. (...) Fünftens sollten die aus ungerechtfertigten Gründen privatisierten Unternehmen wieder dem öffentlichen Sektor einverleibt werden, zunächst jene in den strategisch wichtigen Bereichen (Energie, Erdöl, Kommunikationsdienstleistungen ...).

Auf internationaler Ebene: die Entstehung einer geschlossenen Front der verschuldeten Länder unterstützen; wirtschaftlich ausgeglichene Entwicklungen und den Handel unter den Ländern des Südens begünstigen; entschlossener Widerstand gegen das Projekt ALCA / FTAA (panamerikanische Freihandelszone); Ablehnung der militärischen Offensive der USA (U.S.-Militärbasen, Raketenabwehrsystem mit strategischen Stützpunkten im Süden, Plan Colombia); Unterstützung von Initiativen zugunsten einer Tobin-Steuer auf internationale Finanzgeschäfte.

Die erwähnten Vorschläge stellen mögliche Ansätze für eine Alternative zum neoliberalen Modell dar. Es handelt sich nicht um ein ausgefeiltes Programm, das als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden muss. Viel mehr geht es darum anzudeuten, dass es Lösungen gibt, sofern man mit der teuflischen Logik der Verschuldung ohne Ende und der sich verschärfenden Abhängigkeit bricht.